

Gedenken in Hessen

Erinnern an die NS-Zeit in Hessen Eine Ausstellung der LAG

In Hessen wird die Erinnerung an die NS-Zeit durch zahlreiche Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen lebendig erhalten. Sie entstanden überwiegend seit Beginn der 1980er Jahre. Seit dieser Zeit arbeiten dort teils fest angestellt, mehrheitlich jedoch ehrenamtlich viele Bürgerinnen und Bürger mit. Sie stellen Verbindungen zu ehemals Verfolgten und deren Familien im Inland und im Ausland her, begleiten Schülerinnen und Schüler bei ihren Besuchen in den Gedenkstätten oder bei Schulprojekten, kümmern sich um den Erhalt ehemals jüdischer Gebäude oder Orte der Verfolgung. Sie erforschen die lokalen und regionalen Erscheinungsformen der NS-Diktatur. Sie erinnern an Verfolgung und Widerstand, an Zwangsarbeit und Euthanasie, an das Leben von Juden, Sinti und Roma. Dabei tragen sie der komplexen Vielfalt der Lagerformen und Repressionsinstanzen im NS-Staat ebenso Rechnung, wie sie verloren geglaubte religiöse und kulturelle Traditionen dem Vergessen entreißen und den Opfern Gesicht und Würde wiedergeben.

Seit 1999 haben sich zahlreiche dieser Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen in der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen (kurz: LAG Hessen) zusammengeschlossen. Die LAG Hessen ist ein landesweiter Zusammenschluss, der für alle in der Erinnerungsarbeit tätigen Einrichtungen und Initiativen offen ist. Die LAG Hessen will dabei eine intensivere Kooperation und einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern ermöglichen. Sie soll darüber hinaus auch die Arbeit der zahlreichen, oft wenig bekannten Gedenkorte und Erinnerungsinitiativen bekannter machen. Hier finden sich ExpertInnen der lokalen NS-Geschichte, die nicht zuletzt auch mögliche Ansprechpartner für Schulen und Interessierte z.B. für historische Projekte sein können.

Mit Vortragsveranstaltungen, Lesungen, Konzerten, Ausstellungen u.v.a.m. bieten die Initiativen der LAG Hessen nicht nur ein interessantes Veranstaltungsprogramm an, sondern verankern das Gedenken an die NS-Zeit in der lokalen und regionalen Kulturarbeit.

Der Sprecherrat der LAG Hessen, September 2014

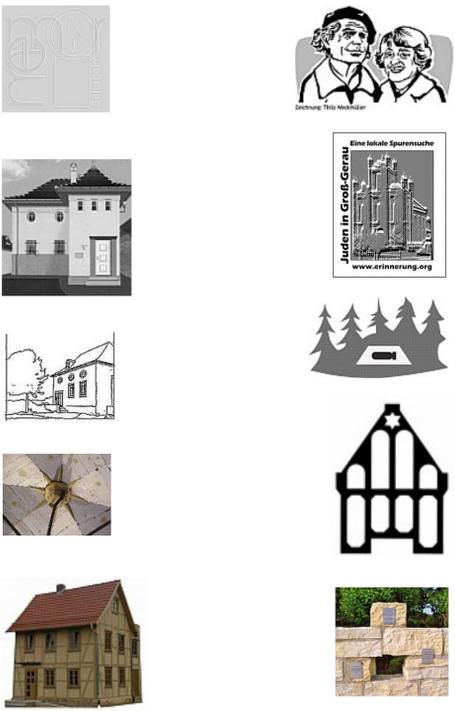
Kontakt:

Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen (LAG-Hessen)

Gedenkstätte Breitenau
Dr. Gunnar Richter
Brückenstr. 12
34302 Guxhagen
Gedenkstaette-breitenau@t-online.de

www.erinnern-in-hessen.de

Mit freundlicher Unterstützung der



© Daniel Dallet / d-maps.com

Gedenken in Hessen

Euthanasie-Verbrechen in der NS-Diktatur

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs fing nicht nur der Krieg nach außen, sondern auch ein Vernichtungsfeldzug nach innen an: Die systematische Ermordung der Patienten von Heil- und Pflegeanstalten. Eine von der Kanzlei des Führers in Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium des Inneren gegründete Verwaltungszentrale in Berlin (T 4) organisierte die als „Euthanasie“ bezeichneten Morde an Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen.

In Hessen wurde Ende 1940 die Landesheilanstalt Hadamar in eine Tötungsanstalt umgebaut. Sie war eingebunden in ein Netz von Zwischenanstalten, über die die Patienten und Patientinnen in die Tötungsanstalt gebracht wurden. Zu diesen Einrichtungen gehörten die hessischen Anstalten: Eichberg (Eltville), Herborn, Kalmenhof (Idstein), Scheuern und Weilmünster. 300.000 Menschen fielen reichsweit der „Euthanasie“ zum Opfer.

Allein in Hadamar ermordete das Anstaltspersonal insgesamt etwa 15.000 Menschen. Von Januar bis August 1941 wurden im Keller der Anstalt in einer als Duschaum getarnten Gaskammer ca. 11.000 Kinder, Frauen und Männer mit Kohlenmonoxyd-Gas ermordet.

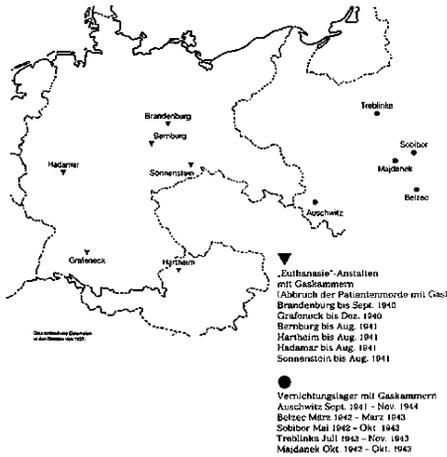
Der Abbruch der Gasmorde im August 1941 bedeutete nicht das Ende der „Euthanasie“-Verbrechen. In Hadamar wurden die Morde ab August 1942 fortgesetzt. Jetzt starben die Menschen an überdosierten Medikamenten und Hungerkost. Bis zum Kriegsende im März 1945 kamen noch einmal über 4000 Menschen ums Leben.

Unter den Hadamarer Opfern der sogenannten zweiten, dezentralen Mordphase befanden sich neben den Anstaltspatienten durch den Bombenkrieg verwirrte Menschen, „halbjüdische“ Kinder, tuberkulosekranke Zwangsarbeiter und psychisch kranke Soldaten von Wehrmacht- und Waffen-SS.

Die Gedenkstätte Hadamar versteht sich als ein Ort des Gedenkens, der historischen Aufklärung und politischen Bildung und richtet sich dabei an Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Ihre Aufgabe ist es, Kenntnisse über die NS-Euthanasie-Verbrechen zu vermitteln, aber auch aktuelle Fragestellungen der politischen Bildung zu thematisieren. Dies geschieht maßgeblich im Rahmen von begleitenden Rundgängen und Studientagen. Die Gedenkstätte leistet mit eigenen Arbeiten ihren Beitrag zur NS-Euthanasie-Forschung. Darüber hinaus gehören inzwischen auch die Auskunftserteilung über Opferschicksale und die Betreuung von Angehörigen der Opfer zu ihren Kernaufgaben.

Heute besteht die Gedenkstätte aus der rekonstruierten Busgarage, den noch erhaltenen authentischen Kellerräumen mit der ehemaligen Gaskammer, einem originalen Seziertisch und dem freigelegten Sockel eines Krematoriums, dem Friedhof, einer Dauerausstellung und diversen Seminarräumen.

- Gedenkstätte Hadamar



Die sechs Gasmordanstalten: Brandenburg, Bernburg, Grafeneck, Hadamar, Hartheim und Pirna-Sonnenstein



Rauch aus den Krematoriumsöfen über der Gasmordanstalt Hadamar 1941.



Die Leichen der Ermordeten wurden ab 1942 auf einem neu angelegten Anstaltsfriedhof in Massengräbern bestattet.



Ehemalige Busgarage

Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen

- Mitglied der LAG
- kein Mitglied der LAG



Gedenken in Hessen

Deportationen der Sinti und Roma

Sinti und Roma wurden mit den „Nürnberger Gesetzen“ (1935) wie die deutschen Juden als „Artfremde“ aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen und mussten sich nach Gründung der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ in Berlin (1936) mit pseudowissenschaftlichen, entwürdigenden Methoden auf ihre „Rassenzugehörigkeit“ hin untersuchen lassen. Wenn auch nur einer von acht Urgroßelternanteilen der diskriminierten Minderheit angehörte, wurden die Nachkommen verfolgt bis hin zu Sterilisierung und Ermordung.

Im Rahmen der Aktion „Arbeitsscheu Reich“ im Juni 1938 wurden unter dem Vorwand vorbeugender Verbrechensbekämpfung angeblich „arbeitscheue“ Männer in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen eingeliefert, unter ihnen auch viele Sinti und Roma, die einem bis dahin anerkannten Beruf im "ambulanten Gewerbe" nachgegangen waren. Der sog. Festsetzungserlass vom 17. Oktober 1939 signalisierte den Beginn der systematischen Massendeportationen, dass „binnen kurzem ... die Zigeunerfrage im Reichsmaßstab gelöst“ werde und verbot Sinti und Roma, ihre Wohnorte zu verlassen.

Im Mai 1940 schließlich folgte dann die erste Deportation ganzer Familien, etwa 2 800 Sinti und Roma wurden in Ghettos und Arbeitslager im besetzten Polen verschleppt. Unter den Deportierten befanden sich auch ungefähr 200 Opfer u. a. aus Worms, Ingelheim und Mainz, die mit Zwischenhalt im Sammellager Hohenasperg bei Ludwigsburg in das Generalgouvernement geschafft wurden.

Verantwortlich geleitet wurde die Aktion von der Darmstädter „Zigeunernachrichtenstelle“.

Aus einem Bericht der Kriminalpolizei Darmstadt über den administrativen Ablauf der Deportation: örtliche Vorbereitung, Beschlagnahmung von Ausweisen und Lebensmittel- bzw. Kleiderkarten, Geldwechsel in Zloty bis 10 RM, Beschlagnahmung weitergehender Beträge und von Schmuck, Fingerabdrücke aller Personen über sechs, Photographien aller Deportierten über 14 Jahren, farbige Nummerierung auf dem linken Unterarm entsprechend „den laufenden Nummern der zu fertigenden Hauptliste“. Von der Ergreifung über die Beraubung bis zur Ermordung der Opfer war der Ablauf durchorganisiert.

Von den 40 000 in Deutschland und Österreich behördlich erfassten Sinti und Roma wurden ungefähr 25 000 ermordet oder kamen infolge von Hunger, Seuchen, Misshandlungen oder von medizinischen Experimenten zu Tode. Dem mörderischen Rassenwahn der Nazis sind in Deutschland und Europa über eine halbe Million Männer, Frauen und Kinder zum Opfer gefallen. Alle Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen, da es zu den allermeisten Mordaktionen keine genauen überlieferten Unterlagen gibt.

Bis heute ist der Antiziganismus weit verbreitet, die Diskriminierung hat nicht aufgehört!

Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Hessen

Annastr. 44

64293 Darmstadt

verband@sinti-roma-hessen.de

www.sinti-roma-hessen.de

Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma

Bremeneckgasse 2

69117 Heidelberg

info@sintiundroma.de

www.sintiundroma.de



Das Denkzeichen Güterbahnhof Darmstadt erinnert an die Deportationen der Juden und Sinti und Roma aus dem ehemaligen Volksstaat Hessen



Sintikinder aus Dreihausen



Das Mahnmal in Dreihausen



Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma aus Darmstadt

Gedenkstätten und Erinnerungsiniativen zur NS-Zeit in Hessen

● Mitglied der LAG

● kein Mitglied der LAG



Gedenken in Hessen

Judenverfolgung und jüdisches Leben

Jahrhunderte lang gab es in Deutschland und insbesondere auch in vielen Orten des heutigen Bundeslandes Hessen ein fruchtbares Miteinander von jüdischen und nichtjüdischen Menschen. Dieses Zusammenleben hat eine lange, wechselvolle Geschichte mit Höhen und Tiefen, die immer noch zu wenig erforscht und vor allem viel zu wenig bekannt ist.

Verschiedene hessische Regionen gehörten in früheren Zeiten zu den Gebieten im Deutschen Reich mit dem prozentual höchsten Anteil jüdischer Bevölkerung. Neben den bedeutenden jüdischen Gemeinden in den großen Städten lebten viele Juden auf dem Land. Sie leisteten wertvolle Beiträge für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in ihren Heimatorten. In einzelnen Landgemeinden lag der Anteil der jüdischen Einwohner am Ende des 19. Jahrhunderts bei ca. 14 - 21 Prozent, in Einzelfällen (z.B. Rhina) bei bis zu 50 %. Im Jahr 1932 lebten noch etwa 75 000 Juden in etwa 400 Gemeinden in Hessen.

Während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft konnte ein Teil der jüdischen Bevölkerung ins Ausland fliehen. Diejenigen, denen die Emigration nicht gelang, wurden brutal ausgegrenzt, gedemütigt, ihres Vermögens beraubt und ab 1941 mit mehreren großen Transporten z.B. von Kassel, Darmstadt oder Frankfurt „nach Osten“ deportiert, die Zahl liegt etwa bei 20 000 Menschen.

Die meisten jüdische Frauen, Männer und Kinder aus Hessen wurden in den Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet, nur wenige überlebten und kehrten zurück, wie die Zirkusfamilie Lorch in Eschollbrücken bei Pfungstadt. Nahezu alle jüdischen Gemeinden wurden vollständig ausgelöscht.

Viele jüdische Friedhöfe wurden geschändet und zum Teil vollkommen liquidiert. Im Jahr 1947 lebten in Hessen nur noch 1294 Juden, davon 650 in Frankfurt.

Das Schicksal der ehemaligen jüdischen Einwohner ist vielen der heute lebenden Menschen weitgehend unbekannt, für die meisten Ermordeten gibt es keinen Grabstein.

Erst spät begannen engagierte Menschen im Land auf vielfältige Weise, den Opfern wenigstens ihre Identität wiederzugeben und z.B. durch Gedenkstätten, Gedenktafeln, Gedenkbücher, Stolperstein-Aktionen und andere sichtbare Zeichen.

An die vielen Tausend jüdischen Kindern, Frauen und Männer, die gewaltsam verschleppt und ermordet wurden, wird heute dauerhaft erinnert.

Viele lange verstummte Zeugen jüdischen Lebens wie Häuser, Friedhöfe, ehemalige Synagogen oder Aktenbestände wurden durch die engagierte – zu einem großen Teil ehrenamtliche – Arbeit zahlreicher Institutionen, Initiativen und Einzelpersonen wieder zum Sprechen gebracht.

Viele Forschungsergebnisse zur regionalen und lokalen Geschichte der jüdischen Gemeinden wurden in beeindruckenden Publikationen dokumentiert.

In Hessen beschäftigen sich sehr viele Initiativen mit verschiedenen Aspekten jüdischen Lebens.

- Initiative „Gedenkort Güterbahnhof Darmstadt“
- Rückblende gegen das Vergessen e. V. Volkmarsen
- Aktives Museum Spiegelgasse - Wiesbaden
- Jüdisches Museum in der ehemaligen Rothenburger Mikwe
- Jüdisches Lehrerhaus Schenklingfeld
- Initiative 9. November e. V.
- Projekt jüdisches Leben in Frankfurt
- Memor Gernsheim
- Brüder-Schönfeld-Forum e. V. Maintal



Deportation/Aufnahme vom Bahnhof in Hanau



Gedenkmauer am jüdischen Friedhof in Volkmarsen



Das Denkzeichen Güterbahnhof Darmstadt erinnert an die Deportationen der Juden, Sinti und Roma 1942/43 in die Konzentrations- und Vernichtungslager



Dauerausstellung in Volkmarsen

Gedenkstätten und Erinnerungsiniativen zur NS-Zeit in Hessen

● Mitglied der LAG

● kein Mitglied der LAG



30 km
20 mi
© Daniel Dalet / d-maps.com

Gedenken in Hessen



Ultramarinblauer Himmel der Synagoge in Pfungstadt



Synagoge in Pfungstadt



Synagoge in Roth



Synagoge in Vöhl



Synagoge in Auerbach



Die Mikwe in Rothenburg



Im Jahr 2013 in Volkarsen freigelegte überwölbte Schachtmikwe aus dem 16. Jahrhundert.

Synagogen und Mikwen

In Hessen gibt es eine ganze Anzahl restaurierter ehemaliger Synagogen, die heute als Gedenkstätten, Lernorte und für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden. Einige befinden sich in Städten wie Pfungstadt oder Michelstadt, andere auf Dörfern wie Heubach, Roth oder Vöhl als steinerne Zeugen für das in Hessen verbreitete Landjudentum. Eine Seltenheit stellt die Mikwe in Rothenburg an der Fulda dar.

Die meisten Synagogen wurden im 19. Jahrhundert in schlichten klassizistischen Formen errichtet oder es wurden bestehende Gebäude erworben und entsprechend umgebaut. Nicht selten zierte das Gewölbe ein blauer, von goldenen Sternen übersäter Himmel.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten trägt jede Synagoge aufgrund ihrer Geschichte und der Umsetzung spezifischer denkmalpflegerischer Konzepte bei der Restaurierung ihren ganz eigenen Charakter.

In den Pogromnächten 1938 wurden die Synagogen im Innern zerstört, doch aufgrund eng angrenzender Nachbargebäude nicht in Brand gesetzt. Anschließend gelangten sie zwangsweise in private Hände und wurden dann Jahrzehnte fremd genutzt, bis sich jeweils örtliche Initiativen für ihre Restaurierung und Nutzung als Gedenk- und Kulturstätten einsetzten. Zumeist erfolgte dies in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Diese Initiativen tragen auch heute die Gedenk- und Kulturarbeit in ehemaligen Synagogen. Sie bieten vielfältige Veranstaltungen für ein breites Publikum an. Einen entscheidenden Beitrag leisten sie zur Erforschung und Vermittlung von Geschichte und Kultur des hessischen Judentums und des Holocausts in der jeweiligen Region. Durch die Pflege von Beziehungen zu Überlebenden und ihren Nachkommen spielen sie eine wichtige Rolle im Prozess von Versöhnung und Heilung.

Initiativen:

- Arbeitskreis ehemalige Synagoge, Großkrotzenburg
- Arbeitskreis ehemalige Synagoge Klein-Krotzenburg
- Arbeitskreis ehemalige Synagoge Pfungstadt e.V.
- Arbeitskreis Landsynagoge Roth e.V.
- Arbeitskreis Rückblende - Gegen das Vergessen e. V.
- Arbeitskreis Zwingenberger Synagoge e.V.
- Förderverein Jüdische Geschichte und Kultur im Kreis Groß-Gerau e. V.
- Förderkreis „Synagoge in Vöhl“ e.V.
- Jüdisches Museum in der ehemaligen Rotenburger Mikwe
- Stiftung Alte Synagoge Rüsselsheim
- Ehemalige Synagoge Auerbach
- Ehemalige Synagoge Hartmuthsachsen

Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen

● Mitglied der LAG
● kein Mitglied der LAG



Gedenken in Hessen



Gefangen an der Straße, Breitenau
Die Landesarbeitsanstalt Breitenau Ende der 30er Jahre, in der 1940 das Arbeitserziehungslager eingerichtet wurde. Archiv der Gedenkstätte Breitenau



Die Dauerausstellung der Gedenkstätte Breitenau



Schüler bei der Arbeit mit Informationsmaterialien und Aktenkopien.



Ausländische Zwangsarbeiter im Henschellager Struthlachweg, Foto des ehem. niederl. Zwangsarbeiters Neuschwander, 1942 Archiv der Gedenkstätte Breitenau.

Arbeitserziehungslager

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden im damaligen Deutschen Reich und den besetzten Gebieten so genannte Arbeitserziehungslager eingerichtet. Die Arbeitserziehungslager bildeten eine besondere Lagerkategorie und unterstanden den einzelnen Gestapostellen. Die Hauptfunktion der Arbeitserziehungslager bestand darin, ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die sich dem Arbeitseinsatz durch Arbeitsverweigerung oder Flucht widersetzen, durch harte Bestrafung zu disziplinieren und für den erneuten, bedingungslosen Arbeitseinsatz gefügig zu machen. In den Arbeitserziehungslagern wurden die Gefangenen ein bis zwei Monate unter KZ-ähnlichen Bedingungen inhaftiert, um anschließend wieder zu den Arbeitsstellen überführt zu werden. Diejenigen Gefangenen, bei denen die Gestapo der Auffassung war, dass sie sich weiterhin nicht unterordnen werden, wurden anschließend in die großen SS-Konzentrationslager deportiert. Neben den ausländischen Gefangenen wurden in den meisten Arbeitserziehungslagern auch deutsche Gestapo-Gefangene inhaftiert, die aus politischen, religiösen, rassistischen, weltanschaulichen und anderen ideologischen Gründen verfolgt worden sind.

Insgesamt sind 106 Arbeitserziehungslager und 18 Außenkommandos nachweisbar. Darüber hinaus wurden im Verlauf des Zweiten Weltkrieges von den Polizeibehörden etwa 100 so genannte Erziehungslager bei Firmen eingerichtet, die eine ähnliche Straffunktion hatten. In Hessen sind bisher sechs Arbeitserziehungslager (AEL) bekannt: Das Arbeitserziehungslager Breitenau in Guxhagen bei Kassel und die Arbeitserziehungslager Frankfurt-Heddernheim (mit drei Außenkommandos), Hirzenhain, Affoldern, Biblis und Griesheim (bei Darmstadt). Das Arbeitserziehungslager Breitenau wurde im Mai 1940 eingerichtet und bestand bis Ende März 1945. Im Verlauf dieser Zeit waren dort insgesamt etwa 8.300 Gestapo-Gefangene inhaftiert, unter denen sich etwa 7.000 ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen aus mehr als 20 europäischen Ländern befanden und etwa 1.300 deutsche Gestapo-Gefangene. Etwa jeder Fünfte der Gefangenen wurde von Breitenau aus in die großen SS-Konzentrationslager deportiert, und unmittelbar vor Kriegsende wurde noch ein Massenmord an 28 Häftlingen begangen. Seit 1984 erinnert die Gedenkstätte Breitenau an die Geschichte Breitenaus und das Schicksal der Verfolgten. Neben einer künstlerisch gestalteten Dauerausstellung verfügt die Gedenkstätte über einen Medienraum, eine Bibliothek und ein Archiv. Für Besucher und Besuchergruppen gibt es vielfältige pädagogische Angebote und auf der Grundlage der erhaltenen Akten können sie sich mit zahlreichen Einzelschicksalen auseinandersetzen.

- Gedenkstätte Breitenau



Deportationen aus dem AEL Breitenau in verschiedene KZ-Lager

Gedenkstätten und Erinnerungsiniativen zur NS-Zeit in Hessen

- Mitglied der LAG
- kein Mitglied der LAG



Gedenken in Hessen



Das ehemalige Kloster Breitenau in Guxhagen. In der ehemaligen Zehntscheune (rechts im Bild) befinden sich die Gedenkstätte und das Archiv

Frühe Konzentrationslager

Unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 setzte im gesamten Deutschen Reich eine große Verhaftungswelle von überwiegend politischen Gegnern ein. Innerhalb von wenigen Monaten wurden Tausende von Gegnern (Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter) festgenommen und in Gefängnissen und provisorischen Haftstätten (sogenannte „Schutzhaftlager“ oder auch „Schutzhaftstellen“) eingesperrt, gefoltert und misshandelt. Unter den Inhaftierten befanden sich auch zahlreiche jüdische Männer, die aus rassistischen Gründen verfolgt wurden. Die Verhaftungen erfolgten ohne Gerichtsverfahren und ohne richterlichen Beschluss, allein auf der Grundlage der so genannten „Schutzhaft“.

Ab dem Frühjahr 1933 wurde damit begonnen, die ersten staatlichen „Konzentrationslager für politische Schutzhäftlinge“ einzurichten, und die „Schutzhaftlager“ wurden nach und nach aufgelöst. Insgesamt gab es über 80 „Schutzhaftlager“ und frühe Konzentrationslager im gesamten Reichsgebiet. Die meisten dieser Lager wurden zur Inhaftierung von Männern eingerichtet. Ab dem Sommer 1933 wurden in das KZ Moringen, nördlich von Göttingen, auch Frauen eingewiesen, und ab Ende November 1933 entstand dort das erste preußische Frauen-KZ.

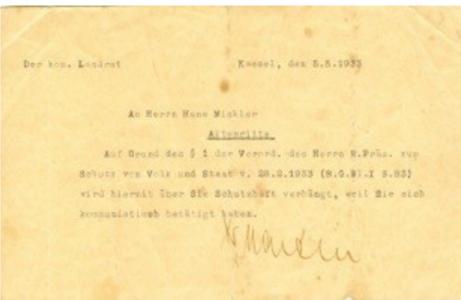
Die Gefangenen sollten in diesen Lagern gedemütigt, gequält und eingeschüchtert werden, um sich dadurch nach der Entlassung dem NS-Staat unterzuordnen. Für viele Inhaftierte war es gleichzeitig der Beginn eines langen Verfolgungsweges durch verschiedene Haftstätten und Lager. In Hessen existierten zwei frühe Konzentrationslager: Das KZ Osthofen bei Worms für Gefangene aus Mittel- und Südhessen, das bereits Anfang März 1933 gegründet wurde, und das KZ Breitenau in Guxhagen bei Kassel, das im Juni 1933 eingerichtet worden ist. Es wurde für Gefangene aus Nord- und Osthessen genutzt, insbesondere aus dem damaligen Regierungsbezirk Kassel, der im südöstlichen Teil bis nach Hanau reichte. In den neun Monaten des Bestehens waren im KZ Breitenau 470 Gefangene aus etwa 140 hessischen Ortschaften inhaftiert, von denen ab dem Herbst 1933 mindestens 122 in die ersten zentralen Konzentrationslager überführt wurden.

Heute wird in der Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen mit einer Dauerausstellung des Künstlers Stephan von Borstel an die Opfer und Verfolgten des frühen Konzentrationslagers (1933/34) und des späteren Arbeitserziehungslagers während des Zweiten Weltkrieges erinnert. An einem Modell kann man sich den Aufbau des damaligen Lagers verdeutlichen, und es können historische Räumlichkeiten besichtigt werden. Die Gedenkstätte verfügt außerdem über einen Medienraum, eine Bibliothek und ein Archiv, und es gibt ein vielfältiges pädagogisches Angebot für Besucher und Besuchergruppen.

- Gedenkstätte Breitenau



Das sog. SS-Ehrenmal mit dem Giebeltext Erbaut im Jahre der national. Erhebung 1933 durch Insassen des Konzentrationslagers Breitenau. Archiv der Gedenkstätte



Schutzhaftbefehl von Hans Minkler der im KZ Breitenau inhaftiert war



Zwei Ausstellungsräume der Gedenkstätte Breitenau

Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen

- Mitglied der LAG
- kein Mitglied der LAG



Gedenken in Hessen



Wilhelm Leuschner

Widerstand gegen die NS-Diktatur

Nachdem die Nazis an die Macht gelangt waren, begannen auch in Hessen fast alle Organisationen der politischen Arbeiterbewegung konspirativ gegen das „Dritte Reich“ zu arbeiten - trotz der gegen sie gerichteten massiven politischen Verfolgung.

Die überwiegende Mehrzahl der Widerstandsaktivitäten gingen von kommunistischen Organisationen aus. Sie verbreiteten große Mengen von Flugblättern und Zeitungen. Im Kasseler Kaufhaus Tietz etwa flogen beispielsweise Flugblätter aus dem vierten Stock des Lichthofes. In einer Frankfurter Wohnung wurden die Matrizen für zwei Untergrundzeitschriften hergestellt. Aus Herborn oder Hettenhausen im Kreis Fulda wurden antinazistische Schriften in das Umland verbreitet. Oft waren die Verteilerwege nicht ausreichend getarnt und es kam immer wieder zu Verhaftungen und Hinrichtungen.

Auch die Sozialdemokraten hatten zunächst noch recht weitverzweigte Verteilerkreise für ihre politischen Schriften, die aus der Tschechoslowakei vom dort angesiedelten SPD-Exilvorstand „ins Reich“ geschmuggelt wurden. Die Widerstandsstrukturen der SPD wurden jedoch bis 1935/36 fast vollständig aufgerieben.

Seitdem wurden Reste sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Organisation vor allem von Wilhelm Leuschner, der bis 1933 Innenminister des Volksstaates Hessen gewesen war, zu einem ausgedehnten konspirativen Vertrauensleutenetzwerk verknüpft. Dessen Aufgabe sollte es sein, nach einem von oppositionellen Militärs herbeigeführten Umsturz unverzüglich einen Generalstreik auszulösen. Zudem hätten alle Führungspositionen in Politik und Verwaltung von Widerständlern besetzt werden sollen. Zu Leuschners wichtigsten Gefolgsleuten aus Hessen gehörten der frühere Staatsrat Ludwig Schwamb, der einstige Landtags- und Reichstagsabgeordnete Jakob Steffan, der Gewerkschaftsfunktionär Willi Richter, der Parteienforscher und Publizist Ludwig Bergsträsser sowie Willy Knothe, der bis zu seiner ersten Festnahme Mitte 1934 als südwestdeutscher Vertreter des SPD-Vorstandes fungiert hatte.

Aktive Widerstandszirkel gab es auch in kleineren linken politischen Parteien und Gewerkschaften, wie die Gruppen „Neu Beginnen“, die Sozialistische Arbeiterjugend oder die Gewerkschaftsjugend des Zentralverbandes der Angestellten, die bis 1934 besonders in Frankfurt und Darmstadt aktiv war.

Die Haltung der beiden großen christlichen Kirchen war gespalten. Vielfach protestierten Pfarrer und Priester gegen von den Nazis erlassenen Beschränkungen der kirchlichen Arbeit. Aber nur einzelne Priester und Bischöfe äußerten auch offen Protest gegen die NS-Euthanasie oder die Verfolgung „jüdischer Christen“ und Juden.

Auch im liberalen und konservativen Bürgertum bildeten sich schon 1933/34 kleinere oppositionelle Diskussionszirkel, die aber auf antinazistische Propagandaarbeit in der Regel verzichteten, die auch Verbindung hatten mit der kirchlichen Opposition oder zum Arbeiterwiderstand.

Die meisten zivilen NS-Gegner blieben dank ihrer vorsichtigen Vorgehensweise unentdeckt und konnten sich daher nach der Befreiung aktiv werden. Zu diesen Wegbereitern zählen beispielsweise Ludwig Bergsträsser und Willi Richter, die auch bei der Hessischen Landesverfassung vom 1. Dezember 1946 mitwirkten.

- Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, Frankfurt
- Peter-und-Ettie-Gingold-Erinnerungsinitiative, Frankfurt
- Gedenkstätte Breitenau, Guxhagen
- Gedenkstätte Osthofen, Osthofen (Rheinland-Pfalz)



Gegner des NS-Regimes wurden vielfach in Gefängnissen und Zuchthäusern, wie z.B. in Kassel-Wehlheiden und Butzbach gesperrt oder in Konzentrationslagern wie beispielsweise Osthofen oder Breitenau.



Die Landesarbeitsanstalt Breitenau Ende der 30er Jahre, in der 1940 das Arbeits-erziehungslager eingerichtet wurde. Archiv der Gedenkstätte Breitenau



Zu den aus der Tschechoslowakei geschmuggelten illegalen Schriften gehört die SPD-Schrift Sozialistische Aktion. Quelle: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 / Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstandes.

Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen

● Mitglied der LAG
● kein Mitglied der LAG



Gedenken in Hessen



Ausstellung Ziegenhain-Trutzhain

Kriegsgefangenenlager

Unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf Polen richtete die Wehrmacht ab Herbst 1939 die ersten Kriegsgefangenenlager ein. Entsprechend ihres Dienstrangs wurden die gegnerischen Soldaten getrennt in Offizierslager („Oflags“) oder Mannschafts-Stammlager für Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere („Stalags“) untergebracht. Diese Kriegsgefangenenlager unterstanden dem Oberkommando der Wehrmacht. Im September 1941 befanden sich innerhalb der damaligen Grenzen des Deutschen Reiches 47 Offizierslager und 80 Mannschafts-Stammlager. Diese bildeten die Basis des gesamten Kriegsgefangenenwesens und waren ein wesentlicher Teil des gigantischen nationalsozialistischen Lagersystems.

Das Gebiet des Deutschen Reiches war in „Wehrkreise“ eingeteilt, die mit römischen Ziffern bezeichnet wurden. Das heutige Bundesland Hessen gehörte zu den Wehrkreisen IX und XII, in denen sich während des Zweiten Weltkriegs die Offizierslager Oflag IX A Spangenberg, Oflag IX B Weilburg, Oflag IX C Rotenburg, Oflag Oflag XII A/B Hadamar und die Mannschafts-Stammlager Stalag IX A Ziegenhain, Stalag IX B Bad Orb, Stalag XII A Limburg befanden. Das Stalag IX A Ziegenhain war das erste und bis Kriegsende größte Lager auf dem Gebiet des heutigen Landes Hessen mit zeitweilig mehr als 53.000 registrierten Gefangenen. In den Stalags waren Soldaten nahezu aller kriegsbeteiligter Nationen festgesetzt: Polen, Franzosen, Belgier, Niederländer, Briten, Jugoslawen, Sowjets, Italiener (nach dem Sturz Mussolinis 1943) und Soldaten der US-Armee.

Während die westlichen Kriegsgefangenen weitgehend nach den Richtlinien der Genfer Konvention behandelt wurden, verweigerten das NS-Regime und die Wehrmachtsführung den sowjetischen Gefangenen und den italienischen Militärinternierten den Schutz dieses internationalen Abkommens. Die Folgen waren Unterversorgung, Krankheiten und eine hohe Todesrate. Im Stalag IX A wurden die zahlreichen verstorbenen Kriegsgefangenen auf einem eigenen „Russenfriedhof“ vergraben.

Eine der zentralen Aufgaben der Kriegsgefangenen- Stammlager bestand in der Organisation des Arbeitseinsatzes. Unter den im Reichsgebiet zwischen 1939 und 1945 registrierten mehr als zehn Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern waren etwa ein Viertel Kriegsgefangene. Sie waren auf unzählige „Arbeitskommandos“ verteilt und arbeiteten in der Landwirtschaft, in Handwerksbetrieben, bei Kommunen und zunehmend in der Rüstungsindustrie, im Straßen- und Schienenbau.

Seit 2003 wird in der Gedenkstätte und Museum Trutzhain auf dem Gelände des ehemaligen Stalag IX A - heute Ortskern von Trutzhain - und den beiden Friedhöfen mit einer Dauerausstellung und vielfältigen pädagogischen Angeboten an die Geschichte des Kriegsgefangenenlagers und das Schicksal der Gefangenen erinnert.

Ein weiterer Ausstellungsbereich zeigt die Nachkriegsnutzung der Baracken u. a. als Durchgangslager für jüdische Überlebende der Shoah (DP-camp Ziegenhain, 1946-1947). Bis heute wird nur an wenigen Orten in Hessen an das Schicksal der jüdischen Displaced Persons (DP) erinnert.

- Gedenkstätte und Museum Trutzhain



Arbeitskommando Lagerbau 1941



Lager Ziegenhain-Trutzhain



Ankunft sowjetischer Kriegsgefangener im Stalag IX A Ziegenhain, 1941

Gedenkstätten und Erinnerungsiniativen zur NS-Zeit in Hessen

● Mitglied der LAG
● kein Mitglied der LAG



Gedenken in Hessen



Frontfassade der Adlerwerke in der Kleyerstr. ca. 1940

(Foto Dr. Wolff & Tritschler, in: Kaiser, Ernst /Knorn Michael, „Wir lebten und schliefen zwischen den Toten“)



Verwaltungsgebäude der ehemaligen Sprengstofffabrik Hirschhagen 1953

(Foto B. Spaar, in: Themenweg Hirschhagen, , Hg. Stadt Hessisch-Lichtenau)



Das Lager Münchmühle in Allendorf ca. 1941

(Archiv DIZ Stadtallendorf)



Ehemaliger Luftschutzbunker der SS; heute Gedenkstätte „Unter den Eichen“

(Stadtarchiv Wiesbaden)

KZ-Außenlager und KZ-Außenkommandos

Mit Beginn des zweiten Weltkrieges stieg der Bedarf von Arbeitskräften insbesondere in der Rüstungsindustrie enorm an. Die Häftlinge der Konzentrationslager wurden ab diesem Zeitpunkt nicht nur in Betrieben der SS ausgebeutet, sondern auch in der privaten Bau- und Rüstungsindustrie. Die Rüstungsfirmen schlossen mit dem SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt Verträge, die die Bewachung und Versorgung der Außenlager arbeitsteilig regelten. Die Firmen wählten oft auch die Arbeitskräfte in den KZ-Hauptlagern aktiv aus. Facharbeiter wurden für 6,--RM und Hilfsarbeiter für 4,-- RM pro Tag verliehen. Frauen wurden generell als Hilfsarbeiter eingestuft. Die Häftlinge boten der SS eine zusätzliche Einnahmequelle und den Firmen eine unbegrenzte Zahl von billigen Arbeitskräften. In den letzten zwei Jahren des Krieges entwickelte sich eine Hochkonjunktur in der Versorgung der Industrie mit KZ-Häftlingen. Im gleichen Maß stieg die Anzahl der Außenlager und Außenkommandos.

In Hessen kamen die meisten Häftlinge aus den Hauptlagern des KZ Buchenwald in Thüringen, des SS-Sonderlagers Hinzert im Hunsrück und des KZ Natzweiler in den Vogesen. Diese zählten zum Kriegsende über 200 Außenlager, davon befanden sich 28 in Hessen in den Grenzen von 1944-1945. Nicht für alle Außenlager gibt es genaue Informationen. Die meisten wurden ab August 1944 eingerichtet und existierten bis in die letzten Tage des März 1945. Die Gesamtzahl der Häftlinge lag mindestens bei 7500. Es gab kleine Kommandos mit wenigen Gefangenen und größere Lager mit 1000 und mehr Häftlingen, die viele Monate bestanden. Drei dieser Lager, Allendorf, Hessisch Lichtenau und Walldorf, waren mit jüdischen Frauen aus der Slowakei und aus Ungarn belegt. Die Häftlinge wurden als Handwerker oder in Baukommandos sowie in der Rüstungsindustrie eingesetzt. Die Arbeitszeit umfasste in den meisten Lagern zwischen 8 und 12 Stunden täglich. Freie Sonntage waren die Ausnahme. Bezüglich der Lebensbedingungen gab es große Unterschiede. In fast allen Lagern war die Versorgung mit Lebensmitteln mangelhaft und die Bekleidung – gerade im kalten Winter 1944/45 – vollkommen unzureichend. Die hygienischen Bedingungen waren mancherorts katastrophal. In einem der größten Lager, in den Frankfurter Adlerwerken mit über 1600 Häftlingen, waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen so fürchterlich, dass die Todesrate nach wenigen Wochen steil anstieg. Innerhalb der sieben Monate seiner Existenz starben dort 528 Menschen.

An die Verfolgten in den KZ-Außenlagern und KZ-Außenkommandos erinnern folgende Gedenkstätten und Initiativen:

- DIZ Stadtallendorf
- Hirschhagen bei Hessisch Lichtenau
- Mörfelden-Walldorf
- Adler-Werke
- KZ Gedenkstätte „Unter den Eichen“

Gedenkstätten und Erinnerungsiniativen zur NS-Zeit in Hessen

● Mitglied der LAG
● kein Mitglied der LAG



© Daniel Dalet / d-maps.com

Gedenken in Hessen

Zwangsarbeit

Um die Arbeitskraft von über 17 Millionen zur Wehrmacht einberufenen Männern zu ersetzen, wurde Zwangsarbeit ein zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Diktatur. Etwa 10 bis 12 Millionen ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen mussten in Deutschland während des Krieges arbeiten. Die wenigen unter ihnen, die freiwillig gekommen waren, wurden sehr bald dem Zwangssystem eingegliedert.

Zwangsarbeit begegnete den Deutschen in allen Wirtschaftsbereichen, im Alltagsleben, auf der Straße und in der unmittelbaren Nachbarschaft. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden in der Rüstungsindustrie ebenso eingesetzt wie in der Landwirtschaft, auf Baustellen, im Handwerk in den Kommunen und in Privathaushalten.

Sie kamen aus nahezu allen Ländern Europas. Neben den zivilen Arbeitskräften waren es Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und Strafgefangene, jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Sinti und Roma und Gefangene der Gestapo. Je nach Status wurden sie in unterschiedlichen Lagern und Unterkünften untergebracht, so beispielsweise in großen firmeneigenen oder kommunalen Barackenlagern, in Schulen, kirchlichen Einrichtungen, Sälen von Gaststätten und in Privathäusern. Kontrolle und Bewachung unterstanden je nach Lagertyp dem Werkschutz und der Deutschen Arbeitsfront (Zivilarbeiterlager), der Justiz (Rodgau, Preungesheim und Wehlheiden), der Gestapo (AEL Breitenau und AEL Hedderheim), der Wehrmacht (Ziegenhain, Bad Orb, Limburg und Spangenberg) oder der SS (z.B. Münchmühle bei Allendorf, Adler-Werke in Frankfurt, Unter den Eichen in Wiesbaden, Lager Vereinshaus in Hessisch-Lichtenau).

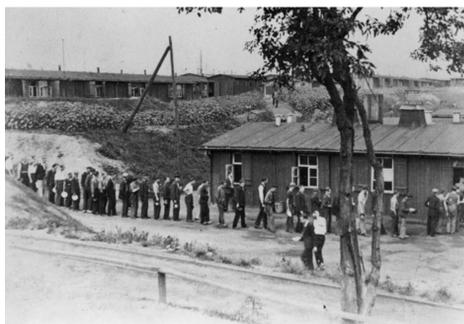
Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter lebten in den industriellen Ballungsräumen ebenso wie in Dörfern oder auf einzelnen Höfen. Der nationalsozialistische Rassismus prägte das Verhältnis der Deutschen zu ihnen. Ob sie menschlich behandelt wurden oder erniedrigt und misshandelt, hing vom Verhalten der einzelnen Deutschen ab. Sie alle profitierten von der Zwangsarbeit.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden in Hessen mehrere 100 000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt, allein in Frankfurt/Main waren es über 25.000. Aus dem STALAG IX A Ziegenhain mussten im September 1944 mehr als 43.000 Kriegsgefangene Zwangsarbeit leisten.

Wie in ganz Deutschland, so existierte auch in Hessen ein ausgedehntes Lagersystem mit weit über 1.000 Lagern in unterschiedlicher Größe, wie beispielsweise ein Henschel-Lager in Kassel mit über 2.000 Personen, das Lager Laubach am Glashüttenweg mit etwa 200 Arbeitskräften oder aber das Lager Röderweg in Bensheim, in dem nur wenige Zwangsarbeiter untergebracht waren.

In Hessen beschäftigen sich folgende Initiativen und Gedenkstätten mit verschiedenen Aspekten der Zwangsarbeit:

- Arbeitskreis „Spurensicherung“ und „Erinnerungsprojekt zur NS-Zeit“ Laubach
- DIZ Stadtallendorf
- KZ Taunus, Bad Homburg
- Gedenkstätte Breitenau - Guxhagen
- Gedenkstätte Hadamar
- Gedenkstätte Trutzhain
- Unter den Eichen Wiesbaden
- Geschichtswerkstatt Marburg
- Initiative gegen das Vergessen Frankfurt
- Wetzlar erinnert sich e.V.
- Initiative Griechische Zwangsarbeiter Bergstraße
- Muna-Museum Grebenhain



Ausländische Zwangsarbeiter im Henschel-Lager Struthbachweg



Lagerbaracke Laubach



Arbeitskommando Berufsschule Ziegelhain



Kriegsgefangenenlager Allendorf



Drehbank Werkstatt WARSAG

Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen

● Mitglied der LAG
● kein Mitglied der LAG



Gedenken in Hessen

Gedenk- und Bildungseinrichtungen

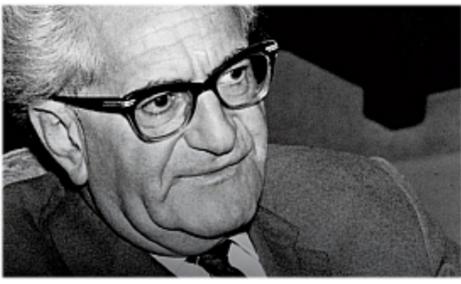
Neben den Gedenkortern und lokalen Denkmälern oder Stolpersteinen existieren in Hessen mehrere Einrichtungen, die sich – jenseits der Erinnerung an einem konkreten historischen Ort - der Erforschung und der Vermittlung verschiedener Aspekte des Nationalsozialismus widmen. Bereits 1967 wurde mit dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 eine Einrichtung gegründet, die sich mit ihrer Bibliothek und ihrem Dokumentationsarchiv, Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen dem Thema Widerstand im Besonderen und der NS-Geschichte im Allgemeinen widmet. Bereits seit den 1980er Jahren werden hier die NS-Zeit und ihre lokalen und regionalen Auswirkungen erforscht.

„Grabe, wo du stehst“, unter diesem Motto gründeten sich in den 1980er zahlreiche Geschichtswerkstätten in der Bundesrepublik. Auch in Marburg, Offenbach oder Bensheim, um drei Beispiele zu nennen, kamen Interessierte zusammen, um die Lokal- und Alltagsgeschichte ihrer Wohnorte zu erforschen. Sie blicken auf die Zeit des Nationalsozialismus, aber auch auf die Industrialisierung, Sozialgeschichte oder die Geschichte von Frauen. Durch die Befragung von Zeitzeugen und durch zahlreiche Recherchen in Archiven gelang es ihnen, verdrängte und vergessene Ortsgeschichte wieder zurückzuholen. Mit Veranstaltungen, Stadtrundgängen, Ausstellungen und Publikationen sind sie zu einem wichtigen Element der lokalen Kultur- und Bildungsarbeit geworden.

Die Geschichte der nationalsozialistischen Massenmorde und des Holocaust und deren Wirkungen in die Gegenwart stehen im Fokus der Arbeit des Fritz-Bauer-Institutes. Benannt wurde die Mitte der 1990er Jahre gegründete interdisziplinäre Forschungs-, Dokumentations- und Bildungseinrichtung nach Fritz Bauer. Bauer, jüdischer Remigrant und Demokrat hatte als hessischer Generalstaatsanwalt den Frankfurter Auschwitz-Prozess angestoßen. Im Fritz-Bauer-Institut werden schulische und außerschulische Bildungsangebote entwickelt und durchgeführt.

Im gleichen Zeitraum ist der Verein "Gegen Vergessen - Für Demokratie" entstanden. Ausgangspunkt waren die rassistischen und fremdenfeindlichen Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre in Deutschland. Ziel dieses bundesweit aktiven Vereins ist die Verbindung von historischer Erinnerungsarbeit und konkretem Einsatz für die Demokratie. Über 2.000 Mitglieder setzen sich in 30 regionalen Arbeitsgruppen, davon vier in Hessen, dafür ein, die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und das Unrecht der SED-Diktatur wach zu halten. Sie unterstützen und beteiligen sich an zahlreichen Erinnerungsprojekten und organisieren Veranstaltungen und Ausstellungen.

- Studienkreis deutscher Widerstand
- Fritz-Bauer-Institut
- Gegen Vergessen - Für Demokratie
- Geschichtswerkstatt Marburg
- Lagergemeinschaft Auschwitz
- Paul Lazarus Stiftung Wiesbaden
- Wetzlar erinnert e. V.
- Dokumentations- und Informationszentrum zur Deutsch - Jüdischen Regionalgeschichte in Volkmarsen, Volla Dr. Bock



Fritz Bauer



Fritz Bauer Institut im IG Farben-Haus



Archiv des Studienkreises



Geschichtswerkstatt Marburg

Gedenkstätten und Erinnerungsiniativen zur NS-Zeit in Hessen

● Mitglied der LAG
● kein Mitglied der LAG



30 km
20 mi
© Daniel Dalet / d-maps.com